

Wirtschaft



SMI 8846 Punkte
+0.4%

Gewinner	Verlierer
Lonza N +2.0%	Swisscom N -0.1%
CS Group N +1.7%	Adecco N -0.1%
LafargeHolcim N +1.2%	Nestlé N 0.0%

Dow Jones Ind. 21272 Punkte
+0.4%

Euro Stoxx 3586 Punkte
+0.6%

Euro in Franken	1.085	-0.01%
Dollar in Franken	0.970	0.25%
Euro in Dollar	1.119	-0.25%
GB-Pfund in Franken	1.235	-1.35%
Öl (Nordsee Brent) in Dollar	48.05	-0.1%
Gold (Unze) in Dollar	1266.80	-0.7%
Silber (Unze) in Dollar	17.38	0.1%

Nachrichten

Fluglinie

Air Berlin will Finanzspritze von öffentlicher Hand

Die schwer angeschlagene Fluggesellschaft Air Berlin sucht angesichts immer grösserer Verluste Hilfe beim Staat. Sie hat bei den deutschen Bundesländern Berlin und Nordrhein-Westfalen eine Bürgschaft beantragt. Gestern gab das Bundeswirtschaftsministerium bekannt, es prüfe gemeinsam mit den beiden Bundesländern den Antrag. (Reuters)

Strafverfahren

ASE-Betrug: Zwei Verurteilte ziehen Urteil weiter

Im Strafverfahren um den riesigen Anlagebetrug der ASE Investment im Aargau akzeptieren der Ex-Geschäftsführer und der Ex-Verwaltungsratspräsident die Freiheitsstrafen von neun beziehungsweise fünf Jahren nicht. Sie legten Berufung gegen das Urteil des Bezirksgerichts Laufenburg ein. Dieses hatte den Ex-Geschäftsführer im Dezember wegen Betrugs und beide Angeklagten wegen Geldwäscherei, Misswirtschaft und weiterer Delikte verurteilt. Sie schädigten 2500 Anleger. Die Deliktsumme beträgt 170 Millionen Franken. (SDA)

Steuerpolitik

Ein neues Steuerprivileg für Banken

UBS und CS müssen ihre Eigenkapitalbasis vergrössern, um robuster durch Krisen zu kommen. Dies im Rahmen der «Too big to fail»-Regeln. Solches zusätzliche Eigenkapital kostet nicht nur mehr Zinsen für Anleihen, die im Konkursfall zu Haftungskapital werden. Es schafft auch mehr Steuereinnahmen; laut Bundesrat rund 100 Millionen Franken. Gestern entschied der Bundesrat, dass die Banken diese Mehrkosten steuerlich in Abzug bringen können. Die Vorlage geht in die Vernehmlassung. (val)

Spanien

Banco Popular von Santander gerettet

Die spanische Grossbank Santander übernimmt die Konkurrentin Banco Popular und bewahrt diese damit vor dem Zusammenbruch. Das Geschäft wurde mit einem symbolischen Euro besiegelt. Das Institut muss eine milliarden-schwere Kapitalerhöhung starten, um die Risiken zu schultern. Die Lage der Banco Popular hatte sich in den vergangenen Tagen dramatisch verschlechtert, weil viele Sparer ihre Konten leer geräumt hatten. Die Europäische Zentralbank hatte das sechstgrösste Geldhaus Spaniens mit seinen 1800 Filialen und fast 12 000 Mitarbeitern als «nicht überlebensfähig» eingestuft. (Reuters)

Banken fürchten sich vor neuer Online-Konkurrenz

Schweizer Firmen holen sich zunehmend Kredite über Internetplattformen.

Jorgos Brouzos

In der Produktionshalle wird schon frühmorgens geschweisst, gebohrt und montiert. Der Metallverarbeiter Lasrag aus Wetzikon ZH existiert seit mehr als 100 Jahren. In dieser Zeit hat er sich immer wieder neu erfunden und vom Hersteller von Fusswärmern zu einem spezialisierten Blechverarbeiter entwickelt.

Auch jetzt entwickelt sich Lasrag weiter. Dazu brauchte er 400 000 Franken. Um die Investition finanzieren zu können, ging die Firma nicht zur Bank, sondern zum Schweizer Crowdfunding-Anbieter Creditworld.

Crowdfunding ist eine neue Art der Finanzierung über spezialisierte Internetplattformen. Die Geldgeber, professionelle Investoren oder Privatpersonen, erhalten als Gegenleistung einen Zins. Das Geschäftsmodell gewinnt laufend an Bedeutung. Das Marktvolumen beläuft sich laut dem Institut für Finanzdienstleistungen Zug (IFZ) auf rund 55 Millionen Franken. In China, den USA und Grossbritannien ist der Markt indes um einiges grösser. Allein in der Volksrepublik dürften rund 350 Crowdfunding-Plattformen aktiv sein. Das Anlagevolumen lag im Jahr 2015 bei gegen 100 Milliarden Dollar.

Was, wenn das Geld ausbleibt?

Der Boom ruft nun die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) auf den Plan. Die Organisation mit Sitz in Basel bestimmt die Regeln für die globalen Banken mit. Sie hat vor wenigen Tagen eine Studie veröffentlicht, die sich mit Crowdfunding auseinandersetzt. Über die Auswirkungen auf die traditionelle Finanzbranche sei noch wenig bekannt, heisst es in der Studie. Das Geschäft stecke noch in den Kinderschuhen, und doch berge es bedeutende Risiken für die Wirtschaft, so das Fazit. Mehr Konkurrenz sei für die Volkswirtschaft nützlich, aber die Plattformen könnten ihr auch gefährlich werden, so die BIZ. Vor allem, wenn die Onlineanbieter die Kredite zu leichtfertig gewährten.

Crowdfunding könne sich aber auch positiv auswirken. Über die Onlineplattformen können sich Firmen auch Geld leihen, wenn die Banken ihnen keines geben wollen oder können. Die Crowdlender hätten noch wenig mit dem Bankensektor zu tun, so die BIZ, es gebe kaum gegenseitige Abhängigkeiten.

Noch ist laut der BIZ aber wenig darüber bekannt, wie sich private Investoren verhalten, wenn die Wirtschaft schlechter läuft, die Firmen pleitegehen und ihre Kredite auszufallen drohen. Dann könnten die Geldgeber schneller die Geduld mit den Schuldnern verlieren als die Banken. Und das hätte gravierende Folgen für die Wirtschaft.

Eine weitere Entwicklung wird von der BIZ als riskant erkannt: Der Einfluss von professionellen Anlegern auf den Crowdfunding-Markt steigt. Sie bekunden zunehmend Interesse daran, in Kredite zu investieren. Dafür sind sie aber auf spezielle Finanzprodukte angewiesen. Eine Internetplattform muss dafür einige KMU-Kredite in einem Paket zusammenschüttern und dieses an einen professionellen Investor verkaufen.

Laut BIZ birgt das eine Gefahr. Es kann dazu führen, dass die Internet-



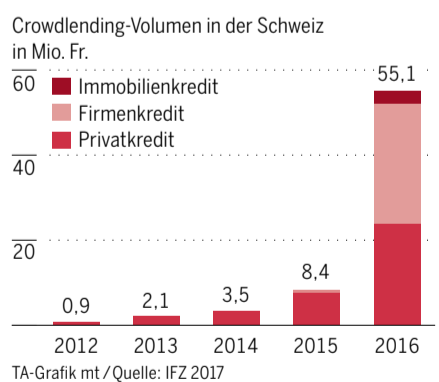
Um sich weiterentwickeln zu können, nahm Lasrag in Wetzikon ZH 400 000 Franken via Crowdfunding auf. Foto: Urs Jaudas

plattformen und die Finanzindustrie enger zusammenrücken. Damit wäre ein grosser Vorteil der neuen Kreditform wieder dahin: nämlich die relative Unabhängigkeit voneinander.

Um 600 Prozent gewachsen

Doch ermöglicht erst das Geld der Finanzbranche den Jungfirmen ein rasantes Wachstum. Im Ausland fliesst viel mehr Geld ins Crowdfunding, weil dort bereits institutionelle Anleger im grossen Stil in die Plattformen investieren. Jeder Schweizer investiert laut IFZ im

Starkes Wachstum



Schnitt 15 Franken via Crowdfunding. In den reiferen Märkten China, USA oder Grossbritannien sind es zwischen 60 und 110 Franken pro Kopf.

Das Schweizer Crowdfunding-Volumen ist mit seinen 55 Millionen Franken im Vergleich zu allen bei den Banken ausstehende Krediten an Kleinfirmen allerdings noch klein. Dieses betrug laut der Schweizerischen Nationalbank Ende 2016 rund 290 Milliarden Franken. Allerdings haben hiesige Crowdfunding-Anbieter wie Creditworld, Creditgate24 oder Swisspeers jüngst stark zugelegt. Im letzten Jahr ist der Markt um 600 Prozent gewachsen. Dazu beigetragen hat auch, dass es für viele kleine und mittlere Firmen schwieriger geworden ist, bei der Bank einen Kredit zu erhalten.

Gesetzesänderung vorgesehen

Mit dem Wachstum steigen auch die Risiken. Entsprechend kritisch wird von der BIZ vermerkt, dass in verschiedenen Ländern die Bedingungen für Crowdfunding-Anbieter gelockert werden. Auch in der Schweiz ist eine Gesetzesänderung vorgesehen, um den Crowdlendern das Geschäft zu erleichtern.

Die Lockerung für die Jungfirmen kommt in der Finanzindustrie nicht gut an. Mehrere Schweizer Branchenverbände - darunter auch die Bankierver-

einigung - bemängeln, dass die Internetplattformen gegenüber den traditionellen Banken bevorzugt würden. Der neuen Konkurrenz soll das Leben nicht zu einfach gemacht werden, sonst sei das eine Wettbewerbsverzerrung.

Beim Metallverarbeiter Lasrag in Wetzikon lässt man sich davon nicht beeindrucken. Die Konditionen waren bei der letzten Finanzierung über die Crowdfunding-Plattform attraktiv. Gut möglich, dass der Betrieb auch das nächste Mal wieder zu Crowdfunding greift, als zur Bank zu gehen.

Crowdfunding, Crowdlending Neue Finanzierungsarten

Internet und Social Media machen es möglich: Mussten Jungfirmen, Theatergruppen oder Buchautoren früher Verwandte anpumpen, auf Staatsgeld hoffen oder auf die Umsetzung ihrer Idee verzichten, können sie sich heute über Crowdfunding Geld beschaffen. Auf spezialisierten Onlineplattformen präsentieren sie ihr Projekt und werben um Investoren. 2016 haben sie in der Schweiz 128 Millionen Franken so eingesammelt. Crowdfunding ist eine Unterart von Crowdfunding. Unternehmen oder Private beschaffen sich so einen Kredit, den sie von einer Bank nicht bekommen würden. (jb)

Bundesrat macht sich bei Kantonen unbeliebt

Der Bundesrat beschliesst die Eckwerte zur kommenden Unternehmenssteuerreform. In einem Punkt weicht er vom Vorschlag der Kantone ab.

Andreas Valda

Die Steuerreform wird zu einer flächen-deckenden Senkung der Unternehmenssteuern in den Kantonen, Städten und Gemeinden und damit zu happigen Steuerausfällen führen. Das bisherige

Konzept sah vor, dass der Bund den Kantonen eine Milliarde Franken vergütet, um deren Ausfälle teilweise zu kompensieren. Bern hätte rund 60 Millionen erhalten, Zürich rund 180 Millionen. Alle Kantone rechneten in ihren kantonalen Gewinnsteuerformen mit diesem Geld.

Gestern nun hat der Bundesrat beschlossen, den Kantonen 200 Millionen weniger zu geben. Begründet hat er dies in seiner Mitteilung nicht. Das Finanzdepartement gab auf Anfrage keine Erklärung. Ein Kenner der Materie sagte, dies hänge mit der geplanten Erhöhung der Dividendenbesteuerung zusammen.

«Wenn man den Kantonen die Möglichkeit gibt, mehr Steuern einzunehmen, brauchen sie nicht so viel Bundesgeld.»

Ein hochrangiger Vertreter der Kantone, der anonym bleiben wollte, sagte: «Die Kantone werden auf einer Milliarde Transfergeld bestehen, auch wenn die Dividendenbesteuerung angehoben wird.» Der Grund? «Diese Mehreinnahmen kommen den Städten und Gemeinden zugute, die bei der gescheiterten Abstimmungsvorlage zur USR III zu hohe Ausfälle befürchteten.»

Peter Hegglin, der CVP-Ständerat und frühere Präsident der Konferenz der Fi-

nanzdirektoren, sagte, der Entscheid wecke Widerstand bei den Kantonen. Er verstehe die Kürzung nicht. «Solange das Modell der Steuerreform gleich bleibt - und es ist gleich -, braucht es die Finanzierung der Ausfälle durch den Bund von einer Milliarde.»

Der Bundesrat deutete gestern auch an, dass er die Reform vielleicht aufspalten werde. Im Frühjahr 2018 werde er «über eine mögliche Etappierung der Vorlage» entscheiden, gleichzeitig mit der Vorlage zur Abschaffung der Heiratsstrafe. Beide Vorhaben dürften je eine Milliarde kosten.